

Die SPD will diesen verfassungswidrigen Zustand des mangelnden Lärmschutzes schnellstmöglich beenden. Notwendig ist ein Verkehrslärmschutzgesetz, das die unzureichende Lärmschutz-Verordnung ergänzt bzw. ersetzt.

Für die Bürgerinnen und Bürger Hannovers, die unter enormen Lärmbelastungen insbesondere durch den Güterverkehr leiden, bleibt auch nach der Anhörung des Bundestags die Hauptforderung, daß die Lärmsanierung dringend durch die Bundesregierung entsprechend geregelt werden muß. Mit den warmen Worten des CDU-Abgeordneten Pflüger ist es jedenfalls nicht getan: Die Diskussionen der vergangenen Jahre haben eindeutig gezeigt, daß eine Verlangsamung der Züge und eine Modernisierung der Triebwagen zwar notwendig, aber längst nicht hinreichend für einen effektiven Lärmschutz sind. Vielmehr müssen Rechtsanspruch auf Lärmschutz und die Bereitstellung von Haushaltsmitteln endlich seitens der Bundesregierung gewährleistet werden.

Noch 1995 haben die Koalitionsparteien aber gegen das Votum der SPD die Haushalts-Mittel für Lärmschutz an bestehenden Bundesstraßen um 20 Mio. DM gekürzt und für Lärmsanierung an bestehenden Schienenwegen zum wiederholten Male keine müde Mark bereitgestellt.

Herrn Pflüger fordere ich auf, endlich gemeinsam mit der SPD für die Durchsetzung eines effektiven Lärmschutzes einzutreten. Zu einer konstruktiven Zusammenarbeit im Interesse der Bürgerinnen und Bürger unserer Stadt bin ich gerne bereit.